

Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens

Buras, Piotr

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buras, P. (2006). Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens. *Polen-Analysen*, 3, 2-6. <https://doi.org/10.31205/PA.003.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens

Piotr Buras, Warschau

Zusammenfassung

Die aktuelle polnische Deutschlandpolitik resultiert weniger aus einem antideutschen Reflex als vielmehr aus politischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf polnischer wie auf deutscher Seite. Tatsächlich war die Partnerschaft mit Deutschland für die Regierungen nach 1989 prioritär. Durch die Integration in NATO und EU ist für Polen jedoch eine neue außenpolitische Situation entstanden. Ziel ist es nun, Polen selbstständig in der EU zu etablieren und je nach Interessenlage Partner für eigene politische Positionen zu suchen. Deutschland wird in diesem Kontext vorgeworfen, dass es Polen nicht als Subjekt behandle und sein Bekenntnis zur Partnerschaft mit Polen nur den Charakter politischer Deklarationen habe. Zu der daraus entstandenen Enttäuschung gegenüber Deutschland kommt die Sorge über Veränderungen im deutschen kollektiven Gedächtnis. Die in Polen wahrgenommene zunehmende Diskussion über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs weckt Befürchtungen, dass in Deutschland die Tendenz besteht, das Geschichtsbild zu revidieren. Darin scheint der Kern der heutigen deutsch-polnischen historisch-politischen Missverständnisse zu liegen. Während der „Geschichtsrevisionismus“ in Deutschland einer von vielen Beiträgen im pluralistischen historisch-politischen Diskurs ist, überwiegt in Polen die Einschätzung, dass es sich um eine dominierende Strömung handelt, die sich im „offiziellen“ Gedächtnis etabliert hat.

Die Deutschlandpolitik der konservativen Regierung in Warschau zeigt Distanz, wenn nicht sogar Misstrauen dem westlichen Partner gegenüber. Um die Einstellungen der neuen polnischen Eliten zu verstehen, muss ihr Hintergrund näher beleuchtet werden. Den weiteren Kontext der „Deutschlandpolitik“ der Brüder Kaczyński nicht wahrzunehmen, kann nämlich zu einem Problem für die deutsch-polnischen Beziehungen werden, das nicht geringer ist als deren Deutschlandpolitik selbst. Der Kontext ist schließlich Teil einer Erscheinung, die nach 15 Jahren deutsch-polnischer Versöhnung paradox erscheinen mag: Für die Eliten beider Länder wird es immer schwieriger, die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der anderen Seite zu verstehen.

Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand

Der Wahlsieg von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) in den Parlamentswahlen im Herbst 2005 sowie die Übernahme des Präsidentenamtes durch Lech Kaczyński war nicht einfach eine weitere Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses im demokratischen Polen. Die neuen Eliten übten beim Griff nach der Macht massive Kritik an der Politik der vergangenen 15 Jahre. Die Parteien, die das Kabinett von Kazimierz Marcinkiewicz (Ministerpräsident 10/2005–7/2006, *Anm. d. Red.*) und später Jarosław Kaczyński bildeten bzw. unterstützten, hatten zuvor an keiner Regierung mitgewirkt (mit Ausnahme einer kurzen Episode der Brüder Kaczyński von 1991 – 1992), was es ihnen stark erleichterte,

sich von ihren Vorgängern zu distanzieren. Die Infragestellung des Modells der polnischen Demokratie nach 1989 beruhte v.a. auf der Forderung, die Entartungen des Postkommunismus zu beseitigen, eine moralische Erneuerung durchzuführen, die Parole von der gesellschaftlichen Solidarität zu verwirklichen sowie die Institutionen und die Rolle des Staates im öffentlichen Leben zu stärken. Diese Postulate gingen mit der Kritik am polnischen Liberalismus und vielen anderen Aspekten der liberalen Demokratie im Allgemeinen einher, der das sogenannte republikanische Modell der am Gemeinwohl orientierten politischen Gemeinschaft entgegengestellt wurde. Ein wichtiges Element des Aufbaus der Gemeinschaft war auch eine affirmativere Beziehung zur Vergangenheit und der nationalen Tradition, was mit einer aktiven staatlichen Geschichtspolitik erreicht werden sollte.

Es ist nicht verwunderlich, dass die neue Konzeption des Staates – von ihren Anhängern als IV. Republik bezeichnet im Gegensatz zur III. Republik, d.h. Polen nach 1989 – auch eine wesentliche Modifizierung des außenpolitischen Kurses bedeutete. Trotz der Beteiligung einer offen antieuropäischen Partei (*Liga der Polnischen Familien – Liga Polskich Rodzin*) in der Regierungskoalition wurden die Hauptsäulen der Politik (Mitgliedschaft Polens in der EU und in der NATO) nicht in Frage gestellt. *Recht und Gerechtigkeit* definiert sich als „eurorealistische“ Partei, die versucht, die Interessen Polens und die nationale Souveränität *innerhalb* der EU – nicht außerhalb – zu verteidigen. Der Bereich, in dem sich die neue Einstellung der

IV. Republik in internationalen Fragen am stärksten äußerte, war eben die Politik gegenüber Deutschland. Das ist keine große Überraschung. Die Versöhnung mit Deutschland und das „Setzen auf Deutschland“ als Hauptpartner in der Außenpolitik waren das Firmenzeichen der III. Republik. Die Unterstützung Deutschlands für die Integration Polens in die EU und die NATO wurde als Schlüssel betrachtet, die übergeordneten Ziele der polnischen Diplomatie zu erreichen. Auf ihr beruhte die Anfang der 1990er Jahre ausgerufene „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“. Die Zusammenarbeit und Verständigung mit Deutschland galt darüber hinaus als der beste Weg, eine starke Position Polens innerhalb der Europäischen Union aufzubauen. Polen an der Seite Deutschlands und Frankreichs (Weimarer Dreieck) als Motor des vereinten Europas – das galt als ambitionierte, aber realistische Vision. Die Partnerschaft mit Deutschland war für die Regierungen nach 1989 prioritär, daher wurden ihr auch manche Interessen in Einzelfragen, u.a. im bilateralen Bereich, untergeordnet. In den Verhandlungen zum „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ von 1991 wurde darauf verzichtet, das Thema der Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter aufzugreifen, hielt man sich in der Frage des Status der Polen in Deutschland zurück (sie wurden nicht als nationale Minderheit anerkannt) und regelte man nicht endgültig die Eigentumsfrage der Vertriebenen. Die polnische Seite kehrte auch in späteren Jahren nicht zu diesen Themen zurück, da sie die beiderseitigen Beziehungen nicht belasten wollte. Gleichzeitig vollbrachten die polnischen Eliten große Leistungen für die Versöhnung mit den Deutschen. In der Historiographie und im öffentlichen Diskurs befasste man sich intensiv mit dem Problem der Vertreibung der Deutschen und akzeptierte den vorher bekämpften Begriff „Vertreibung“.

In der Debatte über die IV. Republik wurde dieses Modell der Beziehung zu Deutschland in Frage gestellt. Um der Gerechtigkeit willen muss man sagen, nicht nur die Politiker der heutigen Regierungsparteien unterzogen es der Kritik, sondern die Kritik zog bedeutend weitere politische und intellektuelle Kreise. In der milderer Variante beruhte sie auf dem Hinweis, dass die eindeutige „Orientierung auf Deutschland“ unter den Bedingungen richtig gewesen sei, als das grundlegende Ziel der polnischen Außenpolitik die Integration mit Westeuropa war. Sie sei allerdings inadäquat geworden, als dieses Ziel erreicht worden war. Das einseitige „Setzen auf Deutschland“ hörte auf, willkommen zu sein. Die Entwicklung polnischer Eigenständigkeit in der Europäischen Union sollte auf der Basis einer souveränen Realpolitik vollzogen

werden, die ihre Partner abhängig von ihren konkreten Interessen sucht, und nicht über langwährende Partnerschaften mit ausgewählten Mitgliedsstaaten. Das Konzept der „wechselnden Bündnispartner“ in der EU wurde auch als informelle Doktrin in die Europapolitik der *PiS*-Regierung nach den Wahlen 2005 aufgenommen.

Die *PiS*-nahen Kreise unterzogen die Deutschlandpolitik der III. Republik jedoch einer noch weitaus schärferen Kritik und stellten nicht nur den Sinn ihrer Fortsetzung unter den veränderten Bedingungen in Frage, sondern auch ihre Grundlagen aus den 1990er Jahren. Zwei von der neuen Regierung nominierte Vertreter der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ und der „Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit“ schrieben in einem gemeinsamen Artikel, der im September 2006 in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ veröffentlicht wurde, dass die polnische Politik gegenüber Deutschland nach 1989 eine „Diplomatie der Schwäche“ gewesen sei. „Ihre damaligen Urheber waren nicht in der Lage, eindeutig unsere nationalen Interessen in diesem Bereich zu benennen und umso weniger, Strategien für ihre Verwirklichung zu entwickeln“, schrieben Mariusz Muszyński und Krzysztof Rak. Diese Meinung teilen viele Politiker und Intellektuelle, die *Recht und Gerechtigkeit* nahe stehen. Die Umgehung schwieriger Fragen in den Beziehungen zu Deutschland schlug sich nach dieser Interpretation in den folgenden Jahren nieder, u.a. in den Forderungen deutscher Vertriebenen, die der „Preußischen Treuhand“ angehören. Die Regelung der Frage der Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter erfolgte erst als unmittelbarer Effekt des Drucks jüdischer Organisationen auf Deutschland. Die vermeintliche Nachgiebigkeit der polnischen Seite in Angelegenheiten, die mit der Vergangenheit verknüpft sind, führte demnach auch zur Gleichgültigkeit der deutschen Eliten gegenüber den Äußerungen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die als offen antipolnisch empfunden wurden, und zur wohlwollenden Einstellung eines Teils der politischen Klasse gegenüber ihrem Projekt, dem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Polen kümmerte sich demnach auch nicht ausreichend um die Rechte der Polen, die in Deutschland leben. Trotz entsprechender Vertragsvereinbarungen bestehen weiterhin v.a. beim Polnischunterricht in den Schulen enorme Probleme. Darüber hinaus kann man nach Meinung der Autoren des oben zitierten Textes nicht einmal die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der EU als Erfolg der in den 1990er Jahren verwirklichten politischen Doktrin gegenüber Deutschland bezeichnen, denn die Mitgliedschaft sei

„ein Resultat des Endes des Kalten Krieges und kein Verdienst des Genies polnischer Außenminister“.

Die unvollendete Partnerschaft

Die Kritik am Modell der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 hat jedoch noch eine zweite Seite. Dies ist die deutliche Enttäuschung, ja sogar Frustration, die sich aus dem ungenügenden Gewicht ergibt, das man in Deutschland den Beziehungen zu Polen beimisst. Die Überzeugung, dass in Deutschland die eigentliche Partnerschaft mit Polen nie den Bereich politischer Deklarationen verlassen hat, ist in Polen ziemlich weit verbreitet und beschränkt sich keineswegs auf die heute regierende Mannschaft. Darüber, dass in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen „Versöhnungskitsch“ herrsche, der den Mangel an tieferem politischen und intellektuellen Inhalt verdecke, schrieb Klaus Bachmann schon 1994. Von der Notwendigkeit, von der Phase der Versöhnung zur Partnerschaft überzugehen, zeigte sich der politisch nicht von der Rechten kommende Diplomat Marek Prawda in einem Artikel am 17. Mai 2000 in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ überzeugt. Sechs Jahre später, als er im Juni 2006 als Kandidat für den Posten des Botschafters vor der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des polnischen Sejm sprach, blieb er bei seiner Meinung: „Polnische Angelegenheiten waren in Deutschland häufig der sog. deutschen Frage bzw. der Verwirklichung der deutschen Einheit oder der Politik gegenüber Russland untergeordnet. [...] In den letzten 15 Jahren hat sich in diesem Bereich viel verändert, aber ständig finden wir Spuren einer Haltung, die ich für ein beschwerliches Hindernis bei der Anhebung unserer Beziehungen auf das Niveau einer echten Partnerschaft halte. [...] Wenn sich die Akzeptanz des Grenzvertrags als Preis für die Vereinigung darstellt und nicht als gerechte Bedingung der Versöhnung, wenn die Grundlage einer langfristigen Zusammenarbeit mit der These begründet wird, dass man besser Stabilität nach Osten exportiert als von dort Instabilität zu importieren, sieht dies nicht nach einer ausreichenden Begründung für Beziehungen zwischen zwei Subjekten aus“. Einer der Vorgänger von Prawda auf dem Botschafterposten in Berlin, Jerzy Kranz, schrieb 2003, dass Polen für Deutschland ein wichtiges politisches Ziel sei, aber nicht als Partner behandelt werde. Letztens sprach sich in ähnlichem Ton der ehemalige, den Deutschen wohlgesonnene Präsident Aleksander Kwaśniewski aus. In einem Interview für den „Tagesspiegel“ im November 2006 kritisierte er, dass Deutschland Polen nicht ganz ernst nehme.

In Polen hört man immer häufiger Stimmen, dass

Deutschland keine politischen Konsequenzen aus der EU-Erweiterung gezogen habe und nicht bereit sei, seine östlichen Nachbarn als Subjekte anzusehen. In der deutschen Denkweise dominiere weiterhin die einseitige Orientierung auf Frankreich, während Polen von Berlin als „gelegentlicher Bezugspunkt für seine Innen- oder Europapolitik, mal helfenden, mal mahnenden Charakters“ behandelt werde, wie der konservative Intellektuelle Marek A. Cichocki in einem bitteren Artikel schrieb. Seiner Meinung nach „überschätzt Polen die Bedeutung Deutschlands, Deutschland schätzt aber die Bedeutung Polens nicht“ in der Außenpolitik. Die Beispiele könnte man mehren. Am häufigsten wird die Entscheidung für den Bau der Ostseepipeline genannt, die ohne Konsultationen mit der polnischen Seite getroffen wurde, obwohl Polen – im Gegensatz zu Russland – Mitglied der EU ist und diese Investition Polens lebenswichtige Sicherheitsinteressen tangiert. Auch die Haltung Deutschlands in den Verhandlungen zum Verfassungsvertrag bestärkte viele in Polen in der Überzeugung, dass der Weg zu einer wahren Partnerschaft mit Deutschland noch sehr weit ist. Ein anderes Beispiel ist die Bagatellisierung der Rolle Erika Steinbachs in Deutschland, die in den deutsch-polnischen Beziehungen zu einem echten Problem wurde. Statt sich eben aus diesem Grunde für ihre Äußerungen und ihr Projekt, das Zentrum gegen Vertreibungen, zu interessieren, tut ein enormer Teil der deutschen politischen Klasse diese Angelegenheit mit der Versicherung ab, dass Frau Steinbach in Deutschland überhaupt eine unbekannte Person sei... Es fällt schwer, ein noch treffenderes Beispiel für das Nichtverstehen in der Frage der Definition der deutsch-polnischen Partnerschaft zu finden.

Im rechten Teil der politischen Szene mit *PiS* an der Spitze ist die Antwort auf den derzeitigen Stand der Dinge der Versuch, Polen selbstständig als Subjekt in der Europäischen Union aufzubauen, ohne die Unterstützung Deutschlands zu suchen. Die Konsequenz aus der Frustration – die dem Gefühl entspringt, von Deutschland gering geschätzt zu werden – ist folglich die Überzeugung, dass man in den Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn mit harten Bandagen kämpfen und unnachgiebig seinen Standpunkt verteidigen muss. Sowohl die Formulierung der eigenen Interessen ist entschiedener als bisher wie es auch die Anwendung symbolischer Formen des Zuredens und des Drucks ist. Ein Beispiel für Letzteres war die Sejm-Resolution vom 10. September 2004, in der die polnische Regierung dazu aufgerufen wurde, für den Fall von Entschädigungsansprüchen Vertriebener Deutschland

gegenüber die Forderung nach Kriegsreparationen zu stellen. Der Beschluss, der das Projekt einer winzigen Gruppierung der nationalistischen Rechten war, wurde fast einstimmig befürwortet, obgleich die damals regierende Linke und die oppositionelle *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) (die gemeinsam über 2/3 der Stimmen verfügten) anfangs dagegen waren und nicht an die Möglichkeit seiner Verwirklichung glaubten. Sie beugten sich aber unter dem Druck der kleineren Oppositionsgruppen, die mit Parolen der Verteidigung der nationalen Interessen fochten, und der Notwendigkeit, gegenüber den Deutschen „eine geschlossene Front“ zu präsentieren. Das wichtigste Argument für die Resolution war nicht so sehr die Absicht, ihren Inhalt tatsächlich zu verwirklichen (d.h. Reparationen zu erhalten), sondern vielmehr der Versuch, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf wichtige Probleme im Verhältnis zu Polen zu lenken, die nicht gering geachtet werden dürften. Der Preis für diese Demonstration der polnischen Sicht war, dass eine Stimmung der Abneigung gegenüber den Deutschen entfacht wurde. Die Resolution stellt also möglicherweise insofern eine gewisse Zäsur im polnischen Diskurs dar, als man von diesem Zeitpunkt an eine deutliche Intensivierung kritischer und negativer Meinungen zum Thema Deutschland bemerken kann.

Wohin wollen die Deutschen?

Auf diese Weise kommen wir zur letzten, nicht weniger wichtigen Quelle des Misstrauens der derzeitigen politischen Eliten gegenüber Deutschland. Die Umorientierung in der Außenpolitik der IV. Republik sowie die spürbare Enttäuschung – dadurch hervorgerufen, dass Deutschland Polen nicht als Subjekt behandelt – lagen der Infragestellung des Ziels einer „strategischen Partnerschaft“ mit Deutschland zugrunde. Aber diese Wahl wäre letztendlich nicht ganz verständlich, gäbe es nicht gleichzeitig eine pessimistische Einschätzung der Richtung, die Deutschland heute einschlägt. In der Kritik geht es also nicht nur um das fehlende ausreichende Interesse Deutschlands an Polen, sondern auch um die Frage, wie sich die deutsche Identität entwickelt und um die Veränderungen der Rolle Deutschlands in Europa.

Zweifellos spielt die größte Rolle in diesem sich eindeutig verschlechternden Bild von Deutschland die Interpretation der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Versuche, die Vertreibung der Deutschen durch Analogiebildung mit anderen Migrations- und Aussiedlungsbewegungen im Europa des 20. Jh. zu historisieren, stoßen in Polen auf Widerstand. Ist der eigentliche Kontext, um

das Problem der Vertreibung der Deutschen zu verstehen, tatsächlich die Tragödie der Kosovo-Albaner oder der Armenier in der Türkei? In Polen herrscht überparteilicher Konsens, dass der Ausgangspunkt die Besatzungspolitik Hitlerdeutschlands war. Dieses ist der Hintergrund für die negative Einstellung der polnischen Öffentlichkeit gegenüber der Idee, an das Schicksal der deutschen Vertriebenen in Form eines Zentrums in Berlin, das vom Bund der Vertriebenen initiiert wurde, zu erinnern. Was aber folgt daraus für die Sicht auf Deutschland im Allgemeinen? Unter den konservativen Intellektuellen und Publizisten, die das Vertrauen der *PiS*-Politiker haben (aber nicht nur), besteht die verbreitete Ansicht, dass „das Problem Steinbach“ nur ein Symptom der Veränderungen im deutschen historischen Bewusstsein ist. Entsprechend dieser Einschätzung durchläuft die deutsche Gesellschaft eine Phase der Renationalisierung des Denkens, und ein wichtiger Bestandteil ist dabei gerade die zunehmend affirmative Haltung gegenüber der deutschen Vergangenheit. Die Diskussion über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs soll demnach von der Neigung zeugen, positive nationale Mythen aufzubauen, die unvermeidlich eine Deformation des Bildes von der Vergangenheit sowie eine Relativierung der deutschen Schuld nach sich ziehen. Und Letzteres weckt die größten Ängste, insbesondere weil das Gefühl moralischer Schuld für die an Polen begangenen Verbrechen sowieso schon bedeutend geringer ist, als gegenüber Juden und Russen.

Die Tendenzen, die – entweder gezielt oder ganz einfach faktisch – in Richtung Revision des Geschichtsbildes gehen, werden als grundsätzliche Veränderungen des Charakters des deutschen kollektiven Gedächtnisses interpretiert. In einem tiefgründigen Text, der der Ausstellung „Erzwungene Wege“ gewidmet ist, kommentierten die Publizisten Marek A. Cichocki und Dariusz Gawin, dass die Tatsache, dass die Ausstellung „im Kronprinzenpalais Unter den Linden gegenüber dem Deutschen Historischen Museum gezeigt wurde, davon zeugt, dass ihre Inhalte mitten ins Zentrum des deutschen Symbolraums geführt wurden“. Unruhe, hervorgerufen durch die Veränderungen des deutschen Erinnerungsdiskurses (und nicht nur durch das Problem der Vertriebenen), drückte Staatspräsident Lech Kaczyński in einem Interview für die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ aus.

Hier ist nicht der Ort für ein Rasonnieren darüber, inwieweit eine solche Analyse der Realität entspricht. Es lohnt sich aber, allein der Tatsache Aufmerksamkeit zu schenken, dass sie in großem Maß die Art und Weise spiegelt, wie von ihren Autoren die

Probleme der Erinnerung auch in einem allgemeineren Sinn betrachtet werden. Geschichtspolitik ist – wie bereits gesagt – ein wichtiges Element des Projektes „IV. Republik“ und die Prägung des kollektiven Gedächtnisses, u.a. durch staatliche Institutionen, ihr Hauptziel. Und gerade dieses „kollektive Gedächtnis“, das sich auf die Gesellschaft als Ganze bezieht, ist hier der Schlüsselbegriff. Über die Erinnerung spricht man in kollektiven Kategorien als dem Eigentum oder auch einer Eigenheit einer ganzen Nation. Die nationale Gemeinschaft ist, wenn nicht der Hauptträger des Gedächtnisses, so doch zumindest der Begriff, der das größte Interesse konservativer Kreise weckt. Das Streben nach einem Bild der polnischen Vergangenheit, das nach Möglichkeit kohärent, positiv und Gegenstand des gesellschaftlichen Konsens ist, ist das Ziel der Maßnahmen im Bereich der Geschichtspolitik. Diese Art des Verstehens und der Interpretation der Wirklichkeit wird auch auf die Analyse der Erscheinungen, die im Bereich des Erinnerens in Deutschland auftreten, übertragen. Die Konzentration auf das kollektive Gedächtnis stellt notwendigerweise solche Themen in den Schatten, wie die Individualisierung der Erinnerung (Vergangenheitsbetrachtungen durch das Prisma des Einzelschicksals und nicht der ganzen Gemeinschaft) oder die Pluralisierung des Geschichtsdiskurses (die Existenz verschiedener Interpretationen nebeneinander und nicht nur einer dominierenden). Es scheint, dass hier der Kern der heutigen deutsch-polnischen Missverständnisse liegt. Während die Mehrheit der Deutschen findet, dass national-revisionistische Tendenzen nur eine von vielen Arten sind, über die Vergangenheit in der gegenwärtigen pluralistischen deutschen Gesellschaft zu diskutieren, überwiegt in Polen die Meinung, dass sie Teil einer dominierenden Strömung und des „offiziellen“ Gedächtnisses sind.

Über den Autor

Piotr Buras (Jg. 1974), Politologe und Publizist, Mitarbeiter des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau (Centrum Stosunków Międzynarodowych w Warszawie), veröffentlicht u.a. in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Zur Zeit Stipendiat des Programms „European Common Foreign and Security Policy Studies“ (VolkswagenStiftung, Compagnia di San Paolo, Riksbankensfond). Herausgeber des Buches „Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt“ (mit Henning Tewes), Hohenheim Verlag, Stuttgart, Leipzig 2005.

Die Antwort auf die Frage „Wohin wollen die Deutschen?“ wird natürlich nicht nur im Bereich der Beziehung zur Geschichte gesucht, obgleich dieses Problem am breitesten diskutiert wird. Das Bild der „Berliner Republik“ vervollständigen Deutschlands weitreichendere internationale Ambitionen (die Frage des ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat), seine assertive Haltung in der Europäischen Union (z.B. beim Stabilitätspakt), die Patriotismusdebatte, Annäherungen an Russland usw. Eine Übertreibung wäre die Feststellung, dass die Antwort auf die Frage „Müssen wir uns wieder vor den Deutschen fürchten?“ (unlängst von der Wochenzeitschrift „Wprost“ gestellt) in *PiS*-nahen Kreisen positiv ausfällt. Auch fast 90 % der Polen hält diese Angst für unbegründet. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass die „Berliner Republik“ heute paradoxerweise als ein weiter entferntes Land erscheint als die Kohlsche „Bonner Republik“, stärker auf sich selbst bezogen, weniger am Nachbarn im Osten interessiert und ihm gegenüber weiterhin paternalistisch auftretend.

Das Misstrauen und die Distanz, mit denen sich *Recht und Gerechtigkeit* heute auf Deutschland bezieht, haben also nicht den Charakter eines antideutschen Reflexes. Sie leiten sich aus der kritischen Bewertung der polnischen Politik gegenüber Deutschland nach 1989 ab, aus dem Gefühl der mangelnden Bereitschaft Deutschlands für eine echte Partnerschaft mit Polen sowie der stark von den Problemen des kollektiven Gedächtnisses bedingten Analyse der inneren Situation in Deutschland. Der Referenzrahmen für die gegenwärtigen deutsch-polnischen Missverständnisse ist die vollkommen unterschiedliche Art und Weise der Eliten in Deutschland, diese drei Fragen zu betrachten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate